



Berlin, 17.06.2018

**Thorsten Frei MdB**  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Telefon: +49 30 227-73 972  
Fax: +49 30 227-76 972

**Wahlkreisbüro:**  
Justinus-Kerner-Straße 5  
78048 Villingen-Schwenningen  
Telefon: +49 7721 99 535 44  
Fax: +49 7721 99 535 45

thorsten.frei@bundestag.de  
www.thorsten-frei.de

V.i.S.d.P.  
Thorsten Frei MdB

### **Albanischer Staatspräsident lädt Thorsten Frei auf einen Kaffee ein**

Ilir Meta, siebter albanischer Staatspräsident, war am Freitag zu einer Werbetour für die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen der EU mit seinem Land in Berlin. Deutschland fällt beim Europäischen Rat am Ende des Monats bei der Entscheidung über die weitere EU-Annäherung Albaniens durch die Aufnahme von Beitrittsverhandlungen eine zentrale Rolle zu. Zuvor wird der Deutsche Bundestag ein Votum als Fingerzeig für die Bundesregierung abgeben. Meta hat Thorsten Frei diesbezüglich zu einem ungezwungenen Gespräch ins Berliner Ritz Carlton eingeladen, um bei einem Kaffee für die Unterstützung durch die CDU/CSU-Bundestagsfraktion zu werben. Frei ist als Albanien-Experte der Union regelmäßig in dem kleinen Adria-Anrainer und ist dort in der Vergangenheit bereits mit Ilir Meta, in seiner damaligen Rolle als Parlamentspräsident, zusammengetroffen. In dem Gespräch betonte Frei, dass er große Fortschritte in Albanien sehe, aber auch noch viele Defizite. Er sei sich aber auch der Signalwirkung bewusst, die ein positives Votum für die Menschen, insbesondere die junge Generation hätte. Deshalb gebe es innerhalb von CDU und CSU auch eine breite Unterstützung für Albanien in der Sache, allerdings sei dieses mit einem „Aber“ verbunden. Dieses „Aber“ beziehe sich vor allem auf die erfolgreiche Implementierung beschlossener Reformen im Bereich von Justiz und Verwaltung sowie die effektive und nachhaltige Bekämpfung von Korruption und Drogenkriminalität. Einig waren sich beide Politiker, dass mit dem Beginn von Beitrittsgesprächen der Reformdruck durch eine zunehmende Dynamik erhöhen würde. „Diese Chance sollten beide Seiten trotz bestehender Schwierigkeiten ergreifen und gemeinsam nutzen“, so der Bundestagsabgeordnete.